



Wortprotokoll

über die 35. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 15. März 2017

(öffentlich)

Oberbürgermeister	- - -
2. Bürgermeister	- - -
3. Bürgermeisterin	Strobl
bfm. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ea. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ferner	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
Protokoll	Strzelczyk, Bock, Peisl

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 15. März 2017

3. Bürgermeisterin Strobl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor, StRin A. Burkhardt, StRin B. Burkhardt, StRin Frank, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StRin Kainz, StR Kuffer, StRin Dr. Menges, StR Offman, StRin Dr. Olhausen, StRin Pfeiler, StR Podiuk, StR Pretzl, StR Quaas, StR Sauerer, StR Schall, StR Th. Schmid, StR Seidl, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss, StRin Wiepcke, StR Zöllner;

SPD:

StRin Abele, StRin Boesser, StRin Burger, StRin Dietl, StR Kaplan, StRin Kürzdörfer, StR Liebich, StR Lischka, StR Mayer, StRin Messinger, StR Dr. Mittermaier, StR Müller, StR Naz, StR Reissl, StRin Rieke, StR Röver, StR Rupp, StR H. Schmid, StRin Schönfeld-Knor, StRin Dr. Söllner-Schaar, StRin Volk, StR Vorländer;

Die Grünen - rosa liste:

StR Bickelbacher, StR Danner, StRin Demirel, StRin Habenschaden, StRin Hanusch, StRin Koller, StR Krause, StRin Krieger, StR Monatzeder, StRin Nallinger, StR Niederbühl (RL), StR Dr. Roth, StR Utz;

Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FTB):

StR Dr. Heubisch (FDP), StR Dr. Mattar (FDP), StRin Neff (FDP), StR Ranft (Piraten), StR Zeilinhofer (HUT);

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:

StR Altmann, StRin Caim, StR Progl, StR Schmidbauer;

FREIE WÄHLER:

StRin Sabathil;

DIE LINKE.:

StR Oraner, StRin Wolf;

ÖDP:

StR Ruff;

Liberal-Konservative Reformer (LKR):

StR Schmude, StR Wächter;

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA):

--;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StR	Dr. Dietrich
Bfm. StRin	Hingerl
I. V.	Herr Bauer (Referat für Gesundheit und Umwelt)
I. V.	Frau Dichtl (Referat für Arbeit und Wirtschaft)
Bfm. StR	Dr. Küppers
Stellv. Referent	Grodeke
Stellv. Referentin	Charlier
Bfm. StRin	Schiwy
Stadtkämmerer	Dr. Wolowicz
Stadtschulrätin	Zurek

Inhaltsverzeichnis

Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate Juli bis Dezember 2016.....	7
Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss.....	7
Vertretung der LHM im Aufsichtsrat der Münchener Tierpark Hellabrunn AG.....	8
Deutsches Theater Grund- und Hausbesitz GmbH (DTGH): Umbesetzung des Aufsichtsrates.....	8
Mietspiegel für München 2017.....	9
StRin Wolf:.....	9
StR Wächter:.....	9
Personalausstattung der Innenrevision des Sozialreferates.....	9
Verlängerung der Erhaltungssatzung.....	10
Vierspuriger Ausbau des Föhringer Rings.....	10
Personalbedarf für Baumaßnahmen und Umsetzung der 2. S-Bahn-Stammstrecke.....	11
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	11
Solidarität mit Gaggenau.....	12
BMin Strobl:.....	12
StR Wächter:.....	12
StR Reissl:.....	12
Leitung des Referates für Informations- und Telekommunikationstechnik.....	13
StR Dr. Roth:.....	13
StRin Messinger:.....	13
StRin Frank:.....	14
StRin Wolf:.....	14
BMin Strobl:.....	15
StR Ranft:.....	16
Bfm. StR Dr. Dietrich:.....	16
StRin Messinger:.....	16
BMin Strobl:.....	16

StR Dr. Roth:.....	17
Bilanz und Strategien für nachhaltiges städtisches Grundstücksmanagement.....	18
StRin Frank:.....	18
StR Dr. Mattar:.....	19
StRin Boesser:.....	20
StR Danner:.....	21
Stellv. Referent Grodeke (KommR):.....	22
BMin Strobl:.....	23
StRin Wolf:.....	24
StRin Frank:.....	24
StRin Boesser:.....	25
Verkehrsführung, Widmung und Beschilderung der Kustermannfahrbahn.....	27
StR Schmidbauer:.....	27
StRin Burger:.....	27
StR Bickelbacher:.....	28
StR Schmidbauer:.....	28
StR Pretzl:.....	29
StR Reissl:.....	29
Bfm. StRin Hingerl:.....	30
Altstadtring Nordwest: Sicherheitsnachrüstung Altstadtringtunnel.....	32
StR Dr. Mattar:.....	32
StR Bickelbacher:.....	32
BMin Strobl:.....	33
StR Reissl:.....	34
StRin Dr. Menges:.....	34
StRin Sabathil:.....	35
StR Dr. Mattar:.....	35
StR Altmann:.....	36
Bfm. StRin Hingerl:.....	36

StRin Sabathil:..... 37

Bfm. StRin Hingerl:..... 38

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:07 Uhr

Vorsitz: BMin Strobl

Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate Juli bis Dezember 2016

(Ausschüsse und Vollversammlungen)

- § 2 Nr. 24 GeschO

Aktensammlung Seite 5005

Beschluss:

Nach Antrag

Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss

- Abberufung zweier stellvertretender beratender Mitglieder

- Bestellung zweier stellvertretender beratender Mitglieder

Aktensammlung Seite 5009

Beschluss:

Nach Antrag

Vertretung der LHM im Aufsichtsrat der Münchener Tierpark Hellabrunn AG

Aktensammlung Seite 5011

Beschluss:

Nach Antrag

Deutsches Theater Grund- und Hausbesitz GmbH (DTGH): Umbesetzung des Aufsichtsrates

Aktensammlung Seite 5013

Beschluss:

Nach Antrag

Mietspiegel für München 2017

Veröffentlichung und Anerkennung des Mietspiegels als qualifizierter Mietspiegel im Sinne des § 558d Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) durch den Stadtrat der LHM

Aktensammlung Seite 5017

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von DIE LINKE. und LKR **beschlossen.**

Erklärungen zur Abstimmung:

StRin Wolf:

Ich verweise auf die Debatte im Ausschuss.

StR Wächter:

Ich verweise auf die Debatte im Ausschuss.

Personalausstattung der Innenrevision des Sozialreferates

Aktensammlung Seite 5019

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von LKR **beschlossen.**

**Verlängerung der Erhaltungssatzung
für das Gebiet Teng-, Adelheid-, Georgen-, Zentner-, Schleißheimer- und Theresienstraße
Empfehlung Nr. E 01211 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 03 Maxvorstadt
am 20.10.2016**

Aktensammlung Seite 5025

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von
Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung
ohne Stadtrat Zeilnhofer sowie LKR **beschlossen**.

**Vierspuriger Ausbau des Föhringer Rings
- Anträge und Empfehlungen -**

Aktensammlung Seite 5027

Der in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung
vom 22.02.2017 gestellte Antrag von Die Grünen - rosa liste wird gegen
die Stimmen der Antragsteller, der ÖDP sowie DIE LINKE. **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste,
der ÖDP sowie DIE LINKE. **beschlossen**.

Personalbedarf für Baumaßnahmen und Umsetzung der 2. S-Bahn-Stammstrecke

Aktensammlung Seite 5039

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, BAYERNPARTei Stadtratsfraktion, ÖDP sowie DIE LINKE. **beschlossen.**

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 3 bis B 4, B 7, B 10 bis B 11 sowie B 14 bis B 15 werden **einstimmig beschlossen.**
(Aktensammlung Seite 5021 - 5043)

Solidarität mit Gaggenau
Dringlichkeitsantrag Nr. 2954
von LKR vom 13.03.2017

Aktensammlung Seite 5045

BMin Strobl:

Die Rechtsabteilung des Direktoriums hat die objektive Dringlichkeit in dem Fall bejaht. Nichtsdestotrotz kann der Stadtrat sich anders entscheiden. Bevor ich über die Dringlichkeit abstimmen lasse, gibt es eine Fürsprache für die Dringlichkeit und eine Gegenrede. Bitte äußern Sie sich zur Dringlichkeit, nicht zum Inhalt!

StR Wächter:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich kann man das Thema später diskutieren, aber dringlich ist es auf jeden Fall. Das Referendum bzw. die Wahl in der Türkei steht Mitte April an, und der Innenminister hat die Tage erklärt, dass auch für München gegebenenfalls Auftritte geplant sind. Vielen Dank!

StR Reissl:

Kolleginnen und Kollegen, Frau Bürgermeisterin! Der Dringlichkeitsantrag hat zwei Antragspunkte. Der erste Punkt kann nicht dringlich sein, weil er sich auf ein Ereignis bezieht, das schon stattgefunden hat. Beim zweiten Punkt sehen wir auch keine Dringlichkeit, denn wir haben keinen Anlass, anzunehmen, dass das Kreisverwaltungsreferat solche Fälle nicht mit der gewohnten Sorgfalt behandeln oder Sicherheitsauflagen nicht beachten wird. Deswegen kann es auch nicht dringlich sein.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen von LKR und FREIE WÄHLER
nicht zuerkannt.

Leitung des Referates für Informations- und Telekommunikationstechnik Ausschreibung der Stelle

Aktensammlung Seite 5007

StR Dr. Roth:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen natürlich, dass die Referatsleitung ausgeschrieben wird, und glauben, es ist eine sehr wichtige Personalentscheidung für die Stadt München.

Wir haben aber folgendes Problem: Hier wird eine Stelle ausgeschrieben für ein Referat, das über 1.000 Personen umfassen soll. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob der Eigenbetrieb in eine GmbH ausgelagert werden soll. Wenn die Entscheidung für eine Auslagerung ausfällt, ist dieses Referat plötzlich nur noch 100 Personen stark. Dann wären die Aufgaben des neuen Referenten nicht mehr inhaltlich auf den technischen Betrieb zugeschnitten, sondern ausschließlich auf Steuerung und Strategie. Das Profil würde sich bei der Suche also deutlich unterscheiden, je nachdem, ob man ein schlankes Steuerungsreferat oder ein umfassendes Betriebsreferat will.

Die Frage der Auslagerung in eine GmbH wird im Bildungsbereich schon im Frühjahr entschieden. Wir haben einen Antrag gestellt, dass es hier wegen der Planungssicherheit für die Beschäftigten bald eine Entscheidung gibt. Wie stellen Sie es sich vor, eine Ausschreibung durchzuführen und die richtige Person zu finden, wenn wir noch gar nicht wissen, wie der Zuschnitt des Referats aussieht, ob es klein oder groß wird? Wie soll der Zeitplan koordiniert werden?

Falls es darauf keine überzeugende Antwort gibt, würden wir dafür plädieren, diese Grundsatzentscheidung sehr schnell zu fällen und noch vor der Sommerpause auszuschreiben. Dann weiß man, was und wen man sucht, und auch die Bewerber können sich auf ihre Aufgabe einstellen. Die Stadt München hat bei Ausschreibungen von wichtigen Stellen auch problematische Erfahrungen gemacht, und darum sollte hier Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen. Es handelt sich nur um eine Verschiebung um ein paar Monate. Danke. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StRin Messinger:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Auch wir begrüßen die Ausschreibung der Stelle und sind der Meinung, dass es dringlich ist, die Stelle jetzt auszuschreiben. Wir sollten nicht weiter

abwarten. Am Zeitablauf sieht man, dass dies im öffentlichen Dienst nicht in ein, zwei Monaten funktionieren kann, sondern sorgfältige Prüfungen braucht und sich deswegen etwas hinzieht. Wir begrüßen auch die Suche mit Personalrecruiting. So ist klar: Wir wollen hier keine politische Besetzung, sondern eine Expertin oder einen Experten finden.

Zu den Ausführungen von Florian Roth: Es wird eine große IT der Stadt bleiben, und die Aufgaben werden bleiben. Eine GmbH kann nur ein Dienstleister sein, zuständig ist trotzdem der Referent oder die Referentin. Deswegen mache ich mir in diesem Bereich keine Sorgen, und wir stimmen der Vorlage zu. - (Beifall der SPD)

StRin Frank:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich meiner Vorrednerin, Kollegin Messinger, vollumfänglich anschließen. Auch aus meiner Sicht ist es richtig und wichtig, dass wir die Stelle für den neuen IT-Referenten bzw. die neue IT-Referentin heute ausschreiben. Wir haben gelesen, was das an zeitlichem Vorlauf bedeutet. Wenn wir also ab dem Jahr 2018 mit der Spitze eines neuen IT-Referats zusammenarbeiten wollen, müssen wir jetzt loslegen und nicht erst im Sommer, nachdem wir ein Konzept entwickelt haben.

Die Ausschreibung sieht deshalb vor, dass auf die Stadtratsentscheidungen verwiesen wird. Der neue IT-Referent bzw. die neue IT-Referentin muss Bescheid wissen, dass es nicht zwingend weitergehen wird wie bis jetzt. Das ist mir wichtig. Ich gehe auch davon aus, dass sich jeder, der sich auf diese Stelle bewirbt, natürlich mit den Stadtratsentscheidungen befassen wird. Ich möchte auf dieser Stelle niemanden sehen, der nicht weiß, was wir beschlossen haben, denn dann kann er es nicht umsetzen.

Wenn er sich das angeschaut hat, weiß er genau, worauf er sich einlässt. Er weiß, dass erst ein Konzept entwickelt und dann der nächste Schritt folgen wird. Das ist eine sehr spannende Aufgabe. Er kann nämlich an der Entwicklung dieses Konzeptes mitwirken. Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt anfangen und ihn mit seiner Expertise einbinden. Auch wir von Seiten der CSU-Fraktion werden der Beschlussvorlage vollumfänglich zustimmen. - (Beifall der CSU)

StRin Wolf:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Auch ich glaube, es bringt nichts, erst auszuschreiben, wenn der Stadtrat in seiner IT-technischen Allwissenheit beschlossen hat, wie alles

künftig ausschauen soll. Die Person, die sich bewirbt, muss eine Chance haben, ihre eigene Expertise mit einzubringen. Deswegen werde auch ich dieser Vorlage zustimmen.

Frau Kollegin Frank, ich finde allerdings den Hinweis darauf, dass die Struktur sehr chaotisch ist, in dieser Ausschreibung zu schwach. Im Text, der veröffentlicht werden soll, steht nur:

„Mögliche Änderungen des Aufgabenbereiches und der Organisationsform des Eigenbetriebs bleiben vorbehalten.“

Das ist natürlich sehr geschönt formuliert dafür, dass man alles neu sortieren muss. Deswegen möchte ich darauf hinweisen, dass die Menschen, die sich bewerben, ein gewisses Standing brauchen, um durchzukommen.

Auch das Thema „Fachliche Kompetenz“ finde ich in der Ausschreibung schwierig. Da werden „umfassende, einschlägige Fachkenntnisse, insbesondere in der IT“ gefordert. Nach meiner Meinung müsste es heißen „hauptsächlich in der IT“. Weiter heißt es:

„Erwünscht sind Erfahrungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, insbesondere in der Kommunalverwaltung.“

Ich glaube, damit können wir uns wirkliche Probleme schaffen, denn es gibt wenige Kommunen, die so groß und heterogen wie München sind. Jemand aus der Kommunalverwaltung, der mit Dienstleistern wie z. B. der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) gearbeitet hat, nutzt uns nichts. Wir brauchen jemanden, der in einem höchst heterogenen Umfeld Erfahrungen hat, Vieles kennt und nicht nur die kommunale Verwaltung. Deswegen bitte ich, über diesen Absatz nachzudenken und ihn im Zweifel abzuändern. Danke schön.

BMin Strobl:

Wenn die Kompetenzen in Gänze zuträfen, wäre es natürlich schön, Frau Kollegin Wolf. Aber es ist kein hartes Kriterium. Deshalb könnte man aus meiner Sicht „erwünscht“ durch „wünschenswert“ ersetzen oder auch den Satz komplett weglassen. Ich weiß nicht, wie es die anderen sehen, und würde Herrn Dr. Dietrich bitten, kurz etwas dazu zu sagen.

Im Übrigen gehe ich davon aus, dass Personen, die sich um solche Spitzenpositionen bewerben, durchaus wissen, wie der Fall hier in München gelagert ist. Das zeigen mir auch viele Zuschriften zu unseren Beschlüssen.

StR Ranft:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Auch wir unterstützen die Vorlage, weil wir es - flapsig gesagt - sinnvoll finden, „in die Puschen zu kommen“. Es bringt nichts, das auf die lange Bank zu schieben. Was Brigitte Wolf und Frau Bürgermeisterin gesagt haben, finde ich sehr gut und unterstütze ich. Ich glaube, so kann man es machen. Das ist eine Herkulesaufgabe. Ich bin sehr gespannt, wer sich bewirbt. Wir sollten das jetzt auf den Weg bringen, eine weitere Verzögerung dient der Sache überhaupt nicht. Danke.

Bfm. StR Dr. Dietrich:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Roth, zu Ihrer Anmerkung, was der zukünftige Referent können muss, ob er nur Stratege sein oder auch einen IT-Betrieb leiten können muss: Die entscheidende Frage bei der Betriebs-GmbH ist die umsatzsteuerliche Organschaft. Das wird nur gelingen, wenn der IT-Referent - als Geschäftsführer oder Prokurist - auch eine maßgeblich steuernde Rolle in dieser GmbH spielt. Beides ist wohl möglich. Wir brauchen also nicht nur einen Strategen, sondern auch einen Manager, der in der Lage ist, eine solche GmbH zu steuern. Deshalb, glaube ich, können wir die Ausschreibung so auf den Weg bringen.

Aus meiner Sicht ist die Streichung des genannten Satzes unschädlich, weil es kein hartes, sondern nur ein weiches Ausschreibungskriterium ist, das nicht zur Unzulässigkeit einer Bewerbung führen würde. Wir könnten ihn streichen.

StRin Messinger:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch eine Kleinigkeit anbringen, die ich vorher vergessen habe. Die erste Seite der Ausschreibung ist jetzt sehr textlastig (siehe Anlage 1). Ich würde mir wünschen, dass sie redaktionell bearbeitet und ein bisschen sortiert wird und ein paar Passagen gefettet werden, damit man sie besser lesen kann. Danke.

BMin Strobl:

Das ist eine Bitte an die Verwaltung, die Seite etwas lesbarer zu gestalten, ohne den Inhalt gravierend zu verändern.

Zum Anliegen von Frau Wolf: Sind Sie damit einverstanden, dass wir „*erwünscht*“ durch „*wünschenswert*“ ersetzen? Oder sollen wir den Satz komplett streichen? - (Zwischenruf: Bitte streichen!) - Es besteht der Antrag, diesen Satz zu streichen. Der Personalreferent hat dem nickend zugestimmt. Das Direktorium ist auch einverstanden. Es entfällt also der Satz:

„Erwünscht sind Erfahrungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, insbesondere in der Kommunalverwaltung.“ (Anlage 1, Seite 2, Absatz „Fachliche Kompetenz“)

StR Dr. Roth:

Auch nach den bisherigen Ausführungen bleiben wir bei unserem Vertagungsantrag bis zur Entscheidung über die GmbH-Lösung. Wir glauben, dass die Entscheidung auf den Sanktimmerleinstag verschoben wird, wenn mit dem neuen Referenten darüber gesprochen wird. Die Entscheidung soll aber nicht noch länger verzögert werden.

Der Antrag von Die Grünen - rosa liste, die Ausschreibung der Leitungsstelle bis zur Entscheidung über die GmbH-Lösung zu vertagen, wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

Der modifizierte Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Bilanz und Strategien für nachhaltiges städtisches Grundstücksmanagement

Portfoliomanagement des Kommunalreferates

Aktensammlung Seite 5015

StRin Frank:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Ihnen liegt unser Änderungsantrag vor. Ich darf ihn kurz erläutern. Es geht uns hier im Wesentlichen um die Ziffer 11.4 „Kein Verkauf von kleinen Baugrundstücken“. Aus unserer Sicht muss man sich diese kleinen Baugrundstücke mit einer Fläche von 300 bis 700 m² genau anschauen. Das hat das Kommunalreferat auch vorgehabt.

Aufgrund der Überschrift und der zwei Absätze möchten wir eine etwas detailliertere Ausarbeitung, als man sie aus der Beschlussvorlage ableiten kann. Wir hätten gerne, dass auch geprüft wird, ob ein Abverkauf sinnvoll sein kann im Hinblick auf verschiedene Förderprogramme der Stadt, wie z. B. das München-Modell Eigentum, oder auch an Genossenschaften oder Baugemeinschaften. Hier sollte auch der kommunale Wohnungsbau eine Rolle spielen, und man sollte beachten, dass diese Flächen Entwicklungspotenziale zu Gunsten der Stadt bilden können.

Es sollen in Zukunft nicht alle diese Grundstücke abverkauft werden, sondern wir wollen uns als Stadtrat eine Meinung darüber bilden können. Hierfür brauchen wir ein Konzept des Kommunalreferates, das auflistet, wie viele dieser Grundstücke wir haben, wo sie liegen, und wie groß sie sind. Außerdem sollten mögliche örtliche Bezüge dargestellt werden, z. B. ob man das Grundstück vielleicht für die Vergrößerung einer Sportanlage, einer Schulanlage oder dergleichen verwenden kann. Erst in einem nächsten Schritt sind wir dann in der Lage, zu entscheiden, was mit diesen Kleinstgrundstücken passieren soll. So weit unser Änderungsantrag zu Ziffer 2 neu.

Zu Ziffer 3 neu: Es ist uns wichtig, zu wissen, was im Budget jedes Jahr noch vorhanden ist. Beim Ankauf von Grundstücken wollen wir wissen, wie viel noch im Topf ist. Nur so kann man bei Vorkaufsrechten und sonstigen Ankäufen fundiert darüber entscheiden. Wir wünschen uns, dass in künftigen Beschlussvorlagen zitiert wird, wie viel wir an Haushaltsmitteln zur Verfügung haben bzw., ob wir ggf. an dieser Stelle aufstocken müssen.

Zum Änderungsantrag der FTB: Von Seiten der CSU-Fraktion kann ich mir sehr gut vorstellen, diesen Änderungsantrag mitzutragen. Ich bin mir nicht sicher, ob „2.000 bis 4.000 Mitarbeiter“ die rich-

tige Größe ist, oder ob wir die Größe herauslassen sollten. Für 1.800 oder 4.200 Mitarbeiter sollte das natürlich genauso erfolgen. Ein zusätzlicher Verwaltungsstandort wird bereits gesucht und ist auch dringend erforderlich. Vielleicht könnte man den Änderungsantrag dergestalt anpassen, dass man sich zahlenmäßig nicht festlegt, sondern sagt „für eine größere Zahl von Mitarbeitern“. Vielleicht kann die FTB darüber nachdenken, bei der Zahl einen größeren Spielraum zu geben. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass wir mitgehen. Herzlichen Dank! - (Beifall der CSU)

StR Dr. Mattar:

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren! Ich kann die Ausführungen der Kollegin Frank zum CSU-Antrag voll unterstützen. Ich finde es gut, wenn wir zu den kleinen Grundstücken ein etwas ausführlicheres Konzept vorgelegt bekommen und mehr Transparenz bei Ziffer 3.

Zu unserem Antrag: Im Interfraktionellen Arbeitskreis hatten wir festgestellt, wir brauchen eine Entwicklung für einen zusätzlichen Verwaltungsstandort. Ein konkreter Auftrag dazu hat in der Vorlage gefehlt. Zur Zahl von „ca. 2.000 bis 4.000“: Wir können gerne vor die 4.000 ein ca. setzen, um Flexibilität zu haben. Ohne jegliche Größenordnung einen größeren zusätzlichen Verwaltungsstandort zu fordern, scheint mir nicht hilfreich. Die Verwaltung sollte wissen, in welche Richtung es ungefähr gehen sollte.

In dieser Amtsperiode haben wir schon ungefähr 3.500 Stellen geschaffen. In einer Vorlage, die dem Stadtrat zugeleitet, aber noch nicht beschlossen worden ist, wird uns angekündigt, dass wir jedes Jahr mit weiteren 1.000 Mitarbeitern rechnen müssen. Es sind nicht alles Verwaltungsleute, sondern auch Kindergärtnerinnen und andere, aber in jedem Fall haben wir den Bedarf.

Außerdem haben wir inzwischen 78 Standorte, was verwaltungstechnisch das reine Chaos bedeutet. Die vielen Boten, die hin und her gehen, sind in keiner Weise effizient.

Von daher brauchen wir einen großen zusätzlichen Verwaltungsstandort. Wir können ergänzen „bis ca. 4.000“ oder sagen „bis ca. 5.000“. Das ist auch kein Problem. Angesichts der Zahlen, wie viele neue Stellen wir geschaffen haben, und wie viele wir bei der wachsenden Stadt weiter schaffen werden, ist das eine geeignete Größenordnung.

Zu Ziffer 7 unseres Antrags: Hier ist mir die Vorlage viel zu weich. Es wäre dringend erforderlich, sukzessive die Nachverdichtungspotenziale zu prüfen. Zurzeit wissen wir nicht, wann das abge-

schlossen ist. Wir müssen eine Deadline setzen, dass die Verwaltung diese Potenziale bis Ende 2018 ermittelt hat und sie dem Stadtrat vorlegt, damit wir Entscheidungen treffen können.

StRin Boesser:

Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, dass wir heute diesen Beschluss fassen. Er wird der Landeshauptstadt München in den nächsten Jahren eine nachhaltige Immobilienwirtschaft ermöglichen. Der Stadtrat soll heute auch die Aufhebung des 60 Mio. DM-Beschlusses aus den 90er Jahren beschließen, der vorgesehen hat, Grundstücke im Sinne der Haushaltskonsolidierung zu verwerten. Das war aus damaliger Sicht logisch. Um die städtischen Finanzen war es nicht so gut bestellt wie heute, und der Bestand an städtischen Immobilien schien ausreichend. Die Bevölkerung in München hatte sich über Jahrzehnte nicht groß verändert, und man schien mit dem Vorhandenen auszukommen bzw. sogar mit weniger Flächen.

Jetzt, 20 Jahre später, stellt sich die Situation zu 100 % anders dar. Die Stadt ist um über 200.000 Einwohner gewachsen, und wir haben in der Grundstückswirtschaft völlig neue Fragestellungen. U. a. haben wir ein sehr viel ehrgeizigeres Wohnungsbauprogramm mit höheren Zielzahlen als noch vor einigen Jahren. Außerdem haben wir plötzlich neue Aufgaben zu bewältigen wie die Unterbringung von Geflüchteten. Deshalb ist es absolut richtig, heute die Grundstückspolitik der Stadt auf die geänderten Aufgaben abzustellen.

Den Änderungsantrag der CSU würden wir unterstützen. Wir haben nur die Bitte, aufzunehmen, dass das Kommunalreferat das Konzept gemeinsam mit dem Planungs- und dem Sozialreferat erarbeitet. Das ist in „Wohnen in München VI“ ohnehin vorgesehen. Nebenbei: Statt „*Wohnen in München IV*“ müsste es „*Wohnen in München VI*“ heißen. Da hat sich ein Fehler eingeschlichen. Wir arbeiten heutzutage nicht mehr so oft mit römischen Zahlen. Es ist völlig richtig und gut für den Stadtrat, zu wissen, wo die Grundstücke liegen, wie groß sie sind, und wie man sie nutzen könnte. Damit würden wir mitgehen.

Zum Änderungsantrag der FTB: Du hast gesagt, diese Zielzahl sei ein Richtwert. Zu dieser angedachten Zielzahl würde ich das Kommunalreferat und das POR bitten, kurz Stellung zu nehmen. Es ist richtig: Der Interfraktionelle Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung hat sich vor einigen Wochen Gedanken über ein neues Verwaltungsgebäude gemacht. Ich weiß nicht, wie weit die Vorbereitungen schon gediehen sind. Könnte die Verwaltung dazu Stellung nehmen?

Zum geänderten Punkt 7: Ich weiß nicht, ob Ende 2018 für die Nachverdichtungspotenziale ein realistischer Zeitpunkt ist. Es ist natürlich immer gut, sich ehrgeizige Zeitrahmen zu setzen. Aber es ist kein Beinbruch, wenn es Anfang 2019 wird. Aber vielleicht geht es sogar früher!

Zur wirtschaftlichen Ausschöpfung: Wir bitten, das so zu verstehen, dass es das Ziel ist, die Flächen im städtischen Eigentum oder in städtischer Verfügungsgewalt zu halten. Das ist in Ordnung. Wäre es aber so zu verstehen, dass es auf eine Verwertung zur Veräußerung abzielt, dann möchten wir dem nicht näher treten. Das Zentrale an diesem Beschluss ist, die Handlungsfähigkeit der Stadt für ihre vielen Aufgaben zu erhalten, indem sie die Verfügungsgewalt über möglichst viele Immobilien und Flächen hat. Danke. - (Beifall der SPD)

StR Danner:

Frau Vorsitzende, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst etwas Grundsätzliches: Wir stellen keinen Änderungsantrag, weil wir mit dem vorgeschlagenen Beschluss sehr zufrieden sind. Es ist ein Meilenstein in der Grundstückspolitik der letzten 20 Jahre: die Abkehr von den Konsolidierungsbeschlüssen der vergangenen zwei Jahrzehnte hin zu einer neuen Grundstückspolitik. Sie sieht keinen Verkauf aus fiskalischen Gründen mehr vor, behält die Gemeinbedarfsflächen komplett in städtischer Hand und verkauft kleine Baugrundstücke nicht mehr. Es gilt der Vorrang des Erbbaurechts vor Verkauf. Das ist ein Meilenstein. Durch zahlreiche Anträge der letzten drei Jahre in diese Richtung sehen wir uns nachträglich bestätigt und ein Stück weit als Motor dieses Prozesses.

Wir haben in den nächsten Jahren enorme Herausforderungen zu leisten: die Unterbringung von Flüchtlingen, den Gemeinbedarf oder der Bau von Wohnungen. Deshalb wollen wir den Änderungsantrag der CSU nicht mittragen, sondern verstärkt in die Akquise gehen und den Grundstücksbestand dort, wo es möglich ist, vermehren. Auch Punkt 2 neu des CSU-Antrags wollen wir nicht mittragen. Wir denken, dass unter Punkt 11.4 die neue Strategie zu einem solchen Konzept ausreichend ausgeführt ist. Bei Punkt 2 und 3 tragen wir den Referentenantrag mit und nicht den CSU-Antrag.

Den FTB-Antrag tragen wir gerne mit und verweisen auf den Antrag der Grünen aus dem letzten Frühjahr, der in eine ähnliche Richtung geht.

Zum Schluss ein paar mahnende Worte zum Thema Freiflächen: Es ist auch Bestandteil dieser Beschlussvorlage. Wir haben bis in die jüngste Vergangenheit feststellen müssen, dass wir bei der Veräußerung von Grundstücken für gewerbliche Zwecke nicht besonders sorgsam mit unseren

Freiflächen umgegangen sind. Bis zum letzten Herbst haben wir immer wieder Grundstücke veräußert, auf denen sehr flächenfressende Ansiedlungen entstanden sind. Stattdessen hätten wir vorrangig verdichten und stapeln sollen. Das haben wir vor Kurzem im Zusammenhang mit dem Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEWI) beschlossen. Deshalb richte ich die Mahnung an den Stadtrat, diesen Beschluss im Zusammenhang mit dem GEWI-Projekt ernst zu nehmen und auch bei gewerblichen Flächen künftig sorgsam mit dem wertvollen Gut Freiraum umzugehen.

Das Thema Ankauf gemieteter Verwaltungsobjekte ist auf Seite 8 kurz dargestellt. Auch dazu habe ich eine kritische Anmerkung: Im letzten Jahr hätten wir die Möglichkeit gehabt, das Gebäude des Kreisverwaltungsreferats anzukaufen. Das wurde aber vom Kommunalreferat nicht vorgeschlagen, und auch die GroKo hat diese Möglichkeit nicht genutzt. Wir haben eine großartige Chance vertan, unseren Verwaltungsimmobiliensbestand zu erhöhen. Diese Gelegenheit kommt - zumindest bei diesem Projekt - frühestens in 20 Jahren wieder. Hier haben wir eine riesige Chance vertan. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Stellv. Referent Grodeke (KommR):

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die beiden Änderungsanträge eingehen. Den Änderungsantrag der CSU können wir mittragen. Der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, dass der Auftrag für dieses Konzept bei „Wohnen in München VI“ schon beschlossen worden ist - vielleicht mit der einen oder anderen inhaltlich unterschiedlichen Grundidee. Es ist aber kein Problem. Kommunalreferat, Planungsreferat und Sozialreferat werden das zusammen machen und Ihnen das Ergebnis vorstellen.

Die finanziellen Auswirkungen stellen wir gerne dar. Transparenz ist immer eine wünschenswerte Sache.

Mit dem Änderungsantrag der FTB habe ich ein Problem. Man muss wissen, wie wir momentan an die Suche nach Verwaltungsstandorten herangehen: Wir haben eine Liste, die zusammen mit dem Planungsreferat auf das Baurecht hin geprüft wird. Wenn wir wissen, wie viele tausend Quadratmeter Gebäudefläche dort gebaut werden dürfen, können wir daraus die Anzahl der Mitarbeiter ableiten. Bei 4.000 Mitarbeitern reden wir von fast 100.000 m² Bürofläche. Dieser Standort wird weit am Stadtrand sein, wenn sich überhaupt eine realisierbare Fläche findet. Es wird schwierig, überhaupt an 4.000 Mitarbeiter hinzukommen, denn das hängt vom Baurecht ab.

Was die Nachverdichtungspotenziale betrifft, sehe ich den Antrag ebenfalls kritisch. Man muss sich vor Augen führen, wovon wir hier reden. Im Stadtgebiet geht es um rund 3.300 Grundstücke. Dazu kommen im Bereich des Kommunalreferats gute 800 Immobilien, die bereits genutzt werden und bei denen z. B. im Hinterhof Nachverdichtungspotenziale untersucht werden. Die gesamten Schulen und Sportanlagen müsste man ebenfalls überprüfen. Das ist im Rahmen der Schulbauoffensive auch gemacht worden. Im Rahmen von „Wohnen für Alle“ und all diesen Projekten werden die Grundstücke zudem ständig „angepackt“. Das ist eine Daueraufgabe. Zu einer Deadline noch einmal ein Kompendium dazu vorzulegen, wäre ein gigantischer Verwaltungsaufwand. Ich denke, das ist so nicht leistbar. Es handelt sich um eine Daueraufgabe, und wir überprüfen die Verdichtungspotenziale bei den Grundstücken laufend.

BMin Strobl:

Herr Grodeke, ich denke, mit dem gesetzten Datum haben Sie vielleicht tatsächlich Probleme. Wir haben diese Fragen im Interfraktionellen Arbeitskreis auch schon diskutiert. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es ist dringend notwendig ist, diese Potenziale zu untersuchen, weil wir permanent darauf zurückgreifen müssen - auch wenn es vielleicht etwas länger dauert. Wir haben das in der Arbeitsgruppe Schulbauoffensive für alle städtischen Schulgrundstücke und für die Kita-Grundstücke gemacht. Dort hat es funktioniert. Es hat natürlich auch ein bisschen gedauert.

Sehen Sie „bis Ende 2018“ einfach als ersten Hinweis, wie der Stadtrat sich das vorstellt. Sie haben auch schon Grundlagen geschaffen und müssen nicht bei Adam und Eva anfangen, sondern es gibt bereits Untersuchungen für diverse Grundstücke. Ich würde Sie bitten, das hinzunehmen und auch umzusetzen, wenn der Stadtrat es beschließt. Falls die Ergebnisse bis Ende 2018 nicht komplett als Kompendium vorliegen, wird Ihnen sicher niemand Vorwürfe machen. Aber wir erwarten schon, dass das intensiv angegangen und vorgelegt wird, weil wir diese Problematik permanent haben. Wie gesagt, ein Teil der Grundstücke ist bereits untersucht. Es geht hier um die städtischen Grundstücke.

Den Punkt bezüglich der Verwaltungsbauten haben wir ebenfalls diskutiert. Ich bin sehr froh, wenn dieser Beschluss kommt. Wir laufen eher immer hinterher, wenn es um die Schaffung von Verwaltungsarbeitsplätzen geht. Ich bin deswegen froh, wenn wir Grundstücke ausfindig machen, auf denen wir tatsächlich Arbeitsplätze in dieser Größenordnung umsetzen können. Es ist eine Größenordnung genannt, keine Zielzahl! Ich glaube, wo diese Grundstücke liegen, ist nicht mehr allzu gravierend. Es kommt vor allen Dingen auf die öffentliche Nahverkehrsanbindung an. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es natürlich wichtig, mit dem ÖPNV dort hinzukommen. Ob die Ar-

beitsplätze außerhalb oder noch innerhalb des Mittleren Rings liegen, kann man diskutieren. Wichtig ist aber vor allen Dingen die ÖPNV-Anbindung. Wir können es uns nicht mehr leisten, zu sagen: Wir wollen die Verwaltung in weiten Teilen möglichst in der Stadtmitte ansiedeln. Dafür werden wir vermutlich keine Kapazitäten mehr finden.

StRin Wolf:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Mich hat die Stellungnahme des Referats dazu bewogen, mich auch noch einmal zu melden. Ich möchte auf die Rückseite des CSU-Antrags verweisen. Dort soll heimlich, still und leise Ziffer 6 der Beschlussvorlage gestrichen werden. Diese lautet bisher:

„Statt einem Verkauf sollen künftig selbstständig bebaubare städtische Grundstücke bevorzugt im Erbbaurecht vergeben werden.“

Wir haben im Rahmen von Wohnen in München VI ausführlich diskutiert, dass wir das wollen. Ich glaube, die meisten, die diesen Änderungsantrag der CSU gelesen haben, haben nicht umgeblättert und es ist Ihnen vielleicht entgangen. Ich möchte dringend dafür plädieren, nicht unter der Hand wieder etwas rückgängig zu machen, das in unserer kommunalen Politik in Bezug auf Grundstücke eine gravierende Änderung bedeutet. In der Beschlussvorlage steht auch nicht „immer“, sondern „bevorzugt“. Das heißt, Ausnahmen sind jederzeit möglich, wenn wir sie wollen. Ich würde dringend darum bitten, dass wir zumindest diesem Punkt nicht stattgeben. Wir wollen sowieso eine punktweise Abstimmung der CSU-Anträge. Danke!

StRin Frank:

Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Wolf! Zur Erläuterung, warum wir eine Streichung der Ziffer 6 vorgesehen haben: Das geschah nicht, weil wir uns nicht vorstellen können, städtische Grundstücke bevorzugt und grundsätzlich im juristischen Sinne im Erbbaurecht zu vergeben, sondern weil wir noch zwei Konzepte entwickeln müssen. Das ist einmal das Konzept zu den Kleinstgrundstücken. Dazu gibt es Ziffer 2 im Änderungsantrag der CSU. Daneben ist in der Beschlussvorlage selbst unter der Ziffer 11.6 vorgesehen, im Rahmen der Gewerbeförderung ebenfalls noch ein Konzept zu erstellen. Ich würde diesen beiden Konzepten sehr ungern vorgreifen wollen. Ich denke, in Ziffer 2 - *„Die Strategien zum Grundstücksmanagement des Kommunalreferates (...) werden unter der folgenden Maßgabe bestätigt“* - kommt diese Bevorzugung des Erbbaurechts ausreichend zur Geltung.

Es ist nicht sinnvoll, sich jetzt schon in einer gesonderten Ziffer 6 festzulegen, wenn man erst noch zwei Konzepte erstellt. Meines Erachtens ist diese Ziffer in den dargestellten Strategien bereits enthalten, deswegen bedarf es der Ziffer 6 schlichtweg nicht. Das ist der Hintergrund unseres Änderungsantrags. Sonst ist das Ganze nicht in sich schlüssig und hat nicht Hand und Fuß.

Ich kann Ihnen sagen, dass es nicht um die grundsätzlichen Strategien geht - dafür hätten wir die Ziffer 2 komplett anpassen müssen -, sondern darum, den beiden Konzepten, die wir im Bereich Kleinstgrundstücke und Gewerbeförderung noch entwickeln möchten, nicht vorgreifen zu wollen.
- (Beifall der CSU)

StRin Boesser:

In Wohnen in München VI hat der Stadtrat hinsichtlich der Erbbaurechte festgelegt, dass er diesen Weg in den nächsten Jahren vorzugsweise wählen möchte. Es hat sich nämlich mittlerweile herausgestellt: Auch Bauträger sind stärker daran interessiert, ein Grundstück der Stadt im Erbbaurecht zu übernehmen, als es zu kaufen. Das war jahrelang anders.

Wir möchten den Punkt 6 im Antrag belassen. Dort steht, Erbbaurechte werden bevorzugt. Das heißt aber auch, der Stadtrat entscheidet bei jedem Grundstück - wenn ein Konzept dazu vorliegt -, ob verkauft oder in Erbpacht vergeben wird. Das muss dem jeweiligen Konzept angepasst sein. Wir können nicht einfach über alle Grundstücke Konzepte stülpen, sondern müssen im Einzelfall sehen: Ist das eine Baugemeinschaft, ist es ein Projektentwickler oder ist es vielleicht jemand, der ein Gewerbegrundstück kaufen möchte? Deswegen möchten wir in Konsequenz zu anderen Stadtratsbeschlüssen diesen Punkt im Antrag belassen. - (Beifall der SPD)

Die Ziffern 2 und 7 des Änderungsantrags von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung werden jeweils **einstimmig beschlossen**.

Ziffer 2 neu des Änderungsantrags der CSU wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste und DIE LINKE. **beschlossen**.

Ziffer 3 neu des Änderungsantrags der CSU wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste **beschlossen**.

Die im CSU-Änderungsantrag geforderte Streichung von Ziffer 6 des Referentenantrags wird gegen die Stimmen von CSU, Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (ohne StR Zeilinhofer), BAYERNPARTei Stadtratsfraktion und StRin Sabathil **abgelehnt**.

Der modifizierte Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Verkehrsführung, Widmung und Beschilderung der Kustermannfahrbahn

Aktensammlung Seite 5031

StR Schmidbauer:

Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft etwas eingebracht. Mir wurde zugesagt, dass das aufgenommen wird, aber uns liegt nun immer noch der unveränderte Antrag vor. Es geht um den Punkt 3 des Antrags:

„Das Baureferat wird gebeten, zusammen mit dem Kreisverwaltungsreferat eine geeignete Lösung für eine bauliche Anpassung bzw. farbliche/markierungstechnische Kennzeichnung der beiden Einmündungsbereiche der Kustermannfahrbahn zu entwickeln und umzusetzen.“

Hier sehe ich doch ein großes Problem. Auf der Straße vor dem Kustermann herrscht zwischen den beiden Einmündungen ein reger Fußgängerverkehr, der die Kennzeichnungen an den Einmündungsbereichen natürlich nicht mitbekommt. Das Baureferat hat in der Vergangenheit in Pasing mit verschiedenen Steinarten bzw. verschiedenen Bepflasterungen eine gute Lösung gefunden. Man soll auch auf der Fahrbahn zwischen den beiden Einmündungsbereichen feststellen, dass Veränderungen stattfinden.

Darum stelle ich den mündlichen Antrag, aus Punkt 3 „der beiden Einmündungsbereiche“ zu streichen. Die Markierung soll auf der ganzen Fahrbahn verlegt werden. So findet man hier eine vernünftige Lösung, auch für den wirklich großen Anteil an Fußgängern auf der Kustermannfahrbahn.

StRin Burger:

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir würden dafür plädieren, den Punkt 3 im Antrag zu lassen. Erstens wird dem Stadtrat das noch einmal vorgelegt. Das ist hier nur eine Beauftragung des Baureferats zusammen mit dem Kreisverwaltungsreferat, eine geeignete Lösung zu finden. Zweitens finden wir Folgendes wichtig: Wenn hier eine Fußgängerzone beschlossen wird, soll sie auch sichtbar sein. Danke schön! - (Zurufe)

StR Bickelbacher:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ich würde mich anschließen. Ich denke, die Kustermannfahrbahn ist eine der gelungensten Gestaltungen der Stadt. Das Areal ist eigentlich eine Fußgängerzone und hat deswegen nur ein Niveau. Trotzdem ist der Fahrbereich, auf dem Busse und Taxen unterwegs sind, so dargestellt, dass es auch wahrgenommen wird. Ich glaube, das passt schon. Der große Knackpunkt ist tatsächlich der Eingangsbereich Richtung Rosental, wo der Asphalt weitergeht und viele hineinfahren, die gar nicht hineinfahren sollten.

Nachdem das Thema aufgerufen ist, muss ich noch einmal die grundsätzliche Position der Grünen erläutern. Sie ist bekannt, aber ich sage es einfach noch einmal: Ich glaube, das Problem ist die Sperrung des Marienplatzes, die hier beschlossen wurde. Dadurch verkehren die Radfahrer alle auf der Kustermannfahrbahn. Man hat den Radfahrern zugesagt, dass der Bereich eine Fahrradstraße wird, um die Wogen ein bisschen zu glätten. Wir haben nicht weiter darauf bestanden, dort eine Fahrradstraße einzurichten, denn welches Schild dort steht, ist gar nicht so wichtig. Entscheidend ist immer die Gestaltung. Das ist es, was auf die Leute wirkt.

Ich bringe aber hiermit unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss noch einmal mündlich ein: Wir fordern, dass der Bereich über den Marienplatz weiterhin für den Radverkehr befahrbar ist. Ich glaube, die Lösung des Problems ist, den Verkehr zu entflechten und nicht alles auf die Kustermannfahrbahn zu konzentrieren. Ein großer Teil der Probleme wird dadurch verursacht, dass man den Radverkehr auf dieser Strecke zusammenzieht. Das werden wir im Sommer sehen, wenn mehr los ist. Danke schön! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StR Schmidbauer:

Frau Kollegin Burger, wir haben nicht gefordert, Punkt 3 zu streichen, sondern nur den Textbaustein „der beiden Einmündungsbereiche“. Wir wollen, dass man Ideen für den gesamten Bereich findet, nicht nur für den Einmündungsbereich.

Meines Wissens ist auch keine Fußgängerzone beantragt oder entschieden worden. - (Zwischenrufe: Doch! Es ist eine!) - Hier steht ganz klar:

„Die derzeitige Widmung der Kustermannfahrbahn am Viktualienmarkt als „beschränkt-öffentlicher Weg, Fußgängerbereich, Radverkehr, Busse und Taxen frei“ wird bis auf Weiteres beibehalten.“

Liebe Kollegen, das ist doch keine Fußgängerzone! - (Zwischenrufe) - Es gibt Zulassungen.

Ich sage, eine Beschilderung für den Fußverkehr an den Einmündungsbereichen vorne und hinten reicht nicht aus. Wenn jemand den Viktualienmarkt in Richtung Alter Peter überquert, weiß er doch nicht, wie das gewidmet ist. Bevor man dort einen Schilderwald aufstellt, sollte man versuchen, fahrbahntechnisch oder farblich zu erreichen, dass der Fußgänger die Widmungen mitbekommt.

StR Pretzl:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man könnte die Debatte vielleicht auch verkürzen. Wenn ich keine ganz falsche Erinnerung an den Wirtschaftsausschuss habe, hat der Bürgermeister zugesagt, das zu prüfen. Ich denke, dass er das im Verfahren auch untersuchen wird. Die Prüfung muss aber nicht so explizit in der Beschlussvorlage enthalten sein. Es steht im Protokoll, und ich gehe davon aus, dass das gemacht wird.

Wir werden natürlich auch hier den Änderungsantrag der Grünen ablehnen. Der Marienplatz hat jetzt schon deutlich an Aufenthaltsqualität für Fußgänger gewonnen. Er ist das Herzstück der Stadt, ein Platz zum Sitzen und Flanieren. Wenn wir endlich dazu kommen, den Straßenbelag in der Höhe anzugleichen, damit erkennbar ist, dass keine Straße mehr durchgeht, wird der Platz noch mehr gewinnen. Ich hoffe, wir bekommen dort auch Cafés und Freischankflächen. Es gibt auch andere Verkehrsteilnehmer als Radler und böse Autofahrer, z. B. Fußgänger. Für sie haben wir eine deutliche Verbesserung erreicht. Der Umweg für die Radler über den Viktualienmarkt und die Kustermannfahrbahn ist wirklich zumutbar. Vielen Dank! - (Beifall der CSU)

StR Reissl:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht erwartet, dass es eine Debatte gibt, nachdem wir das ja schon im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft besprochen hatten. Dieses „Ding“ heißt Kustermannfahrbahn, was irgendwie nicht so wirklich korrekt ist. Aber wenn wir dort entlang gehen, haben wir doch auf der Seite der Metzgerzeile etwas, das für jedermann wie ein Gehsteig aussieht. Dann kommt ein Randstein, ein sogenannter Abstich, und damit eine deutliche Trennung von dem, was man - auch weil es asphaltiert ist, lieber Mario! - als Fahrbahn zur Kenntnis nimmt. Anschließend kommt ein niedriger Abstich, da verlässt man die Fahrbahn wieder und erkennt es auch, weil der Belag sich wieder ändert: Das ist die Fläche des Viktualienmarkts.

Wenn man vom Tal kommt, steht dort ein riesengroßes Schild mit dem Zeichen Fußgängerzone. Und wenn man von der anderen Seite, vom Rosental bzw. von der Prälat-Zistl-Straße kommt, steht

da ebenfalls dieses riesige Schild. - (StR Schmidbauer: Dann brauche ich aber auch keine Änderung!) - Es passiert immer wieder, dass vom Rosental oder von der Prälat-Zistl-Straße Autos hinfahren, die nicht hinein dürfen, weil sich dort ein durchgehender, einheitlicher Asphaltbelag befindet. Vorne am Tal ist der Belag bei der Einfahrt in die Fußgängerzone anders. Das hat man mit dem Umbau des Tals angepasst. Für jemanden, der das Schild übersieht, ist immer noch erkennbar, dass es einen Belagswechsel gibt. Auf der anderen Seite haben wir das nicht.

Das versteckt sich hinter diesem Antragspunkt. Ich verstehe nicht, was man entlang des Abstichs ändern sollte. Dass es sich um eine Fußgängerzone handelt, soll so bleiben. Die Grünen haben einen anderen Antrag gestellt. Der Kollege Pretzl hat dazu Stellung genommen. - (Zwischenrufe) - Nein, Entschuldigung, Ihr habt einen Antrag gestellt, dass man wieder über den Marienplatz fahren darf. Wir werden auch diesem Antrag der Grünen nicht folgen. Außerdem habe ich versucht, zu erläutern, warum ich nicht verstanden habe, worauf Du hinaus willst, Mario. - (StR Schmidbauer: Aber dann brauchen wir nicht...) - Doch, und zwar wegen des südlichen Endes!

Bfm. StRin Hingerl:

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren! Auf Seite 4 der Beschlussvorlage ist unsere Stellungnahme abgedruckt. Auf diese kann ich noch einmal abheben. Wir sind der Meinung, die Kustermannfahrbahn sollte in ihrer Erkennbarkeit als Straße gegenüber dem Gehbereich und dem Viktualienmarkt - wie von Alexander Reissl gerade beschrieben - keinesfalls baulich geändert werden. Für die Fußgänger ist es wichtig, zu erkennen: Hier quere ich andere Verkehre. Das ist uns in der baulichen Ausgestaltung immer ganz wichtig: Ich betrete hier eine Fläche, auf der - in diesem Fall - Busse, Räder und Taxis fahren. Das muss erkannt werden, weil es sonst bei der hohen Frequenz, die wir dort haben, wirklich gefährlich ist.

Herr Schmidbauer, in der Bäcker-/Gleichmannstraße in Pasing ist die Fahrbahn übrigens nicht gepflastert. Auch da erkennt der Fußgänger, wenn er die Fahrbahn betritt. Gepflastert ist der Pasinger Marienplatz, nicht aber die Bäcker-/Gleichmannstraße.

Wie gesagt, uns ist immer wichtig: Es soll erkennbar bleiben, wann der Fußgänger eine Fläche betritt, die von anderen Verkehren genutzt wird, die für ihn gefährlich werden können. - (StR Schmidbauer: Das wollen wir auch!) - Der Antragspunkt, den Herr Reissl angesprochen hat, bezieht sich auf die Einmündungsbereiche. Dort soll verhindert werden, dass unzulässiger Fahrverkehr auf die Fahrbahn kommt.

Der mündliche Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste, dem Radverkehr wieder die Querung des Marienplatzes zu ermöglichen, wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste **abgelehnt**.

Der mündliche Änderungsantrag der BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, in Ziffer 3 die Worte „der beiden Einmündungsbereiche“ zu streichen, wird gegen die Stimmen der BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Altstadtring Nordwest: Sicherheitsnachrüstung Altstadtringtunnel Straßenumbau Oskar-von-Miller-Ring und Von-der-Tann-Straße

Aktensammlung Seite 5033

StR Dr. Mattar:

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren! Die Frage des Altstadtrings und der Verbindung zwischen Innenstadt und Kunstareal ist ein Dauerbrenner, das will ich nicht bestreiten. Sie ist auch schon häufiger diskutiert worden. Wir laufen hier aber Gefahr, eine Chance zu vertun. Ich glaube, es reicht nicht aus, nur die Oberflächensituation zwischen dem Ausgang des Altstadtringtunnels und dem Kunstareal zu betrachten. Gerade aus der Architektenschaft ist die Frage gekommen: Gibt es nicht doch noch andere Möglichkeiten - z. B. eine Tunnelverlängerung -, um städtebaulich eine wirkliche Verbesserung zu erzielen? Auch wenn wir das schon lange diskutieren - das muss ich zugestehen -, glaube ich, wir sind nicht wirklich unter Zeitdruck. Ich halte überhaupt nichts davon, jetzt eine riesige Baustelle einzurichten. - (StRin Dr. Menges: ... Sicherheit!)

Werte Frau Kollegin Dr. Menges, die Gefahren im Altstadtringtunnel liegen maximal in der Geschwindigkeit, die dort gefahren wird, nicht aber in der baulichen Situation! Das halte ich für völlig übertrieben. Wenn wir uns in Europa umschaue, gibt es hunderte von solchen Tunneln, die auch nicht schnell nachgerüstet werden. Wir wissen, dass das vorgegeben wird. Aber ich muss auch an die finanzpolitische Vernunft appellieren. Wir geben hier 85 Mio. € aus, ohne eine Verbesserung für Fußgänger, Radfahrer oder Autofahrer zu erhalten. Nichts erhalten wir!

Ich möchte noch einmal den zeitlichen Aspekt ansprechen. Wir haben eine riesige Baustelle mit der Garage am Thomas-Wimmer-Ring. Jetzt haben wir eine weitere Baustelle mit dem Altstadtringtunnel. Ich finde, wir können uns locker Zeit lassen, um erst einmal die Tiefgarage am Thomas-Wimmer-Ring zu errichten und dann in einem weiteren Wettbewerb, der entsprechend unserem Vorschlag etwas umfassender ist, in die Veränderungen des Altstadtringtunnels einzutreten. Ich hoffe, Sie sind unserer Meinung und stimmen unserem Änderungsantrag zu.

StR Bickelbacher:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Thema mit den Architekten diskutiert und zugesagt, noch einmal genau zu überprüfen. Viele Mitarbeiter des Baureferates mit hoher Kompetenz waren bei uns.

Wir haben uns überzeugen lassen, dass die Tunnelverlängerung keinen Sinn macht. Einerseits entstünden enorme Kosten, andererseits wäre es verkehrlich sehr schwierig, und die Entlastungswirkung an der Oberfläche wäre geringer. Das ist der Hauptaspekt. Deshalb haben wir uns entschieden, das Ganze jetzt anzupacken. Zum Zeitdruck hat uns Herr Wulff sehr vehement gesagt, dass der Altstadtring in dieser Form nicht länger zu verantworten ist. Es wurde uns versichert, dass Zeitdruck vorhanden ist.

Wir möchten gerne einen Teil unseren damaligen Antrags wieder einbringen. Wir hatten beantragt, von der Gabelsbergerstraße Richtung Osten vier Spuren vorzusehen, die Rechtsabbiegespur von der Gabelsbergerstraße an der Oberfläche entfallen zu lassen, um noch mehr Platz zu gewinnen. Uns ist klar: Das müsste zunächst getestet und vielleicht erst dann umgesetzt werden. An der Oberfläche ist das korrigierbar. Natürlich hatten wir auch für die andere Richtung eine Spur geplant. Das wäre aber nicht korrigierbar. Das sehen wir ein. In Richtung von West nach Ost könnte man es anpassen, wenn es tatsächlich nicht klappt. Wir wären dafür, es einmal zu testen, weil wir von sehr wenigen Rechtsabbiegern ausgehen. Man könnte noch mehr Platz gewinnen.

- (StR Dr. Mattar: Dann fahren alle in die Türkenstraße!) - Nein, die kommen aus der Gabelsbergerstraße und fahren entweder in den Tunnel oder rechts in den Oskar-von-Miller-Ring. Man könnte es ausprobieren. - (Zwischenrufe) - Ich glaube, Herr Dr. Mattar befürchtet einen Rückstau in die andere Richtung.

Insgesamt freuen wir uns, dass im Rahmen des Workshops geklärt werden soll, wo die Fahrbahn zu liegen kommt. Es war die Frage, ob im südlichen oder nördlichen Bereich mehr Platz gewonnen wird. Das soll im Rahmen des Workshops geklärt werden. Dem Münchner Forum war es ein großes Anliegen, diesen Bereich vor der Kirche zu vergrößern. Wir haben im Ausschuss besprochen, dass es vielleicht verbessert wird.

Ich wollte noch einmal erklären, warum wir zuerst geneigt waren, den Architekten zu folgen, jetzt aber nicht zustimmen könnten. Außerdem wollte ich den Antrag auf Wegfall der Rechtsabbiegespur noch einmal einbringen.

BMin Strobl:

Habe ich Sie richtig verstanden? Sie wollen eine Rechtsabbiegespur entfallen lassen?

- (StR Bickelbacher: Genau!) - Dazu kann ich nur sagen: Ich wünsche viel Spaß!

StR Reissl:

Kolleginnen und Kollegen, Frau Bürgermeisterin! Ich weiß nicht, was man sich unter einem Wettbewerb, wie ihn Herr Kollege Dr. Mattar vorgeschlagen hat, eigentlich vorstellen soll. Wenn man so etwas macht, braucht man vor allem verkehrliche Untersuchungen. Ich nehme an, Du hast von der westlichen Verlängerung gesprochen. Die Architekten, mit denen ich auch gesprochen habe, haben nicht nur eine westliche, sondern auch eine östliche Tunnelverlängerung in die Debatte eingebracht, sodass der Tunnelmund und die Rampe nicht vor dem Haus der Kunst sind.

Wir haben also jetzt geklärt, es geht um eine westliche Verlängerung. Zu einer westlichen Verlängerung wurden bereits vor wenigen Jahren Untersuchungen angestellt. Ich hatte es auch nicht mehr in Erinnerung, aber das Baureferat hat uns das Ergebnis dieser Untersuchungen einmal dargestellt. Dieses hat damals dazu geführt, von einer Weiterverfolgung dieser Idee Abstand zu nehmen. Das Ergebnis der Untersuchung war, dass eine Verlegung der westlichen Tunnelausfahrt für einen Teil der Maxvorstadt - Türken-, Gabelsberger- und Theresienstraße - deutlich mehr Verkehr gegenüber heutigem Stand bedeuten würde. Um Wettbewerbsbedingungen formulieren zu können, müsste überlegt werden, ob die westliche Tunnelausfahrt bis zur Dachauer Straße, zur Nymphenburger Straße oder nur bis zur Türkenstraße verlegt wird. Die Grundlage dafür ist sieben oder acht Jahre alt. Welche neuen Erkenntnisse sich ergeben würden, kann ich einfach nicht nachvollziehen.

Auch der Behauptung, dass es überhaupt keinen Nutzen für die Stadtgestalt bedeuten würde, muss ich widersprechen. Diese Möglichkeit, von der Ludwigstraße kommend in Zukunft auch am Oskar-von-Miller-Ring in Richtung Platz der Opfer des Nationalsozialismus und Richtung Lenbachplatz fahren zu können, bedeutet für die Brienerstraße einen deutlichen Gewinn.

StRin Dr. Menges:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Dr. Mattar! Ich schätze Deine Redebeiträge und Ideen immer sehr, aber in diesem Fall muss ich fragen: Wo wart Ihr am 28.07.2010? Damals wurde das Baureferat beauftragt, das alles zu überprüfen, auch mit der Stimme der FDP. Wenn man dem heutigen Antrag folgen würde, würde dies einen Salto rückwärts bedeuten. Die CSU will nicht so verfahren.

Jetzt soll das Baureferat das, was es schon geprüft hat, noch einmal in einem Wettbewerb prüfen lassen. Das ist aus hohler Hand gehandelt. Normalerweise müsste man sagen, das Baureferat hat bei der Prüfung der Möglichkeit einer Tunnelverlängerung im westlichen Bereich etwas übersehen,

und man müsste dieses konkret benennen. Wenn ein Prüfauftrag konkret ist, habe ich etwas, worüber wir diskutieren können. Hier wird aber eine sieben Jahre alte Leistung des Baureferates einfach vom Tisch gewischt und ein neues Wettbewerbsverfahren gefordert. Das halte ich nicht für sinnvoll. Herr Kollege Dr. Reissl hat - (Heiterkeit, Zwischenrufe) - Du siehst, für wie wichtig ich Deine Beiträge halte. Wenn ich den Titel honoris causa verleihen könnte, würde ich es tun. Ich kann es leider nicht. Aber wir lassen uns vielleicht etwas einfallen. Seit wir miteinander Geburtstag gefeiert haben, passt es einfach, gell?

Das Baureferat hat in den Ziffern 8 und 9 die von der CSU im Ausschuss beantragten Änderungen aufgenommen. Ihr wart im Ausschuss nicht präsent. Wir lehnen den Änderungsantrag der FTB ab. Wir hoffen, dass die Maßnahmen jetzt zügig beginnen werden. Je schneller begonnen wird, umso schneller sind die Arbeiten erledigt.

StRin Sabathil:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ein solcher Tunnel im Herzen einer Stadt ist immer „greiflich“, aber wir kommen ohne den Tunnel nicht aus. Wir müssen uns damit abfinden. Schön ist er natürlich nicht.

Nachdem sehr stark auf die Sicherheit abgehoben worden ist, möchte ich wissen, wie viele Unfälle pro Jahr im Tunnel passieren. Ich kann mich an einen Unfall im letzten Jahr erinnern. Dieser war ziemlich heftig. Ein junger Mann war im Tunnel viel zu schnell unterwegs. Es muss doch Zahlen geben, wie viele Unfälle jährlich passieren.

StR Dr. Mattar:

In der Tat habe ich 2010 den Beschluss mitgetragen, trotz großer Bedenken meinerseits. Damals sind wir allerdings davon ausgegangen, dass wir mit geringeren Kosten auskommen. Jetzt sind wir schon bei 85 Mio. €, ohne dass es für den Verkehrsfluss etwas bringt.

Hier bestünde eine Chance. Der Vorgänger von Frau Hingerl, Herr Haffner, hatte damals Anregungen der Bürgerschaft und des Bezirksausschusses aufgenommen. Diese sind jetzt verworfen worden. Ich glaube, hier bestünde eine Chance, diese Ideen aufzugreifen. Natürlich braucht man für einen Wettbewerb noch einmal eine Vorbereitung, aber ich glaube, es wäre wirklich sinnvoll, diese Fragen jetzt nicht endgültig zu beerdigen.

StR Altmann:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte mich heute eigentlich nicht mehr melden, denn wir haben uns im Ausschuss ausführlich ausgetauscht. Dem heutigen Antrag auf eine „Verschiebe-Runde“ können wir uns nicht anschließen. Wir warten schon Jahre darauf, dass etwas vorwärts geht. Jetzt haben wir endlich den Beschluss.

Zur Kostenfrage: Wir wissen, dass Verschiebungen Verteuerungen bedeuten. Auch der Wettbewerb kostet. Mit Sicherheit werden wir von dem Betrag nicht herunterkommen und günstiger erstellen können. Es wird noch einmal teurer. Wir sollten die Maßnahme deshalb auf den Weg bringen. Wir werden der Vorlage wie im Ausschuss zustimmen, damit endlich etwas vorangeht.

Man sollte bedenken: Wir haben 2010 thematisiert, so schnell wie möglich den Verkehr aus der Brienerstraße herauszubekommen. Bei dem ganzen Thema haben wir auch dieses im Fokus. Es geht nicht allein um den Tunnel, sondern auch um andere Verkehrsführungen und die Frage, wie man den Aufenthaltsraum in der Brienerstraße besser gestalten kann.

Dem Antrag, die Maßnahme durch Gutachten und neuen Wettbewerb noch einmal zu verschieben, kann ich nicht folgen. Ich bitte, wie bereits im Ausschuss abzustimmen.

Bfm. StRin Hingerl:

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren! Würden Sie heute dem Antrag der FTB folgen, würden Sie das Projekt nicht nur auf das Jahr 2010 zurückstellen, sondern um 17 Jahre auf das Jahr 2000. Im Jahr 2000 hat mein Vorgänger, Herr Horst Haffner, ein sogenanntes Entwurfsseminar durchgeführt. Dieses beinhaltete die städtebauliche Betrachtungsweise, die jetzt mit dem Wettbewerb gefordert wird. Man hat sich unabhängig von der verkehrlichen Untersuchung zunächst nur mit der städtebaulichen Frage befasst. Alle möglichen Optionen für Tunnel-Verlängerungen, die man sich nur vorstellen kann, wurden im Entwurfsseminar als Varianten untersucht.

Jetzt könnte man natürlich auf das Jahr 2000 zurückdrehen. Das ist Ihre Entscheidung. Allerdings stellte sich damals die Frage der Sanierung des Tunnels noch nicht. Zu den Unfallzahlen, Frau Sabbathil: Die Unfallzahlen sind nicht ausschlaggebend. Wir haben seit den großen Bränden in den Alpentunnel neue Richtlinien für die Anlagen und deren Betrieb. Diese muss die Kommune erfüllen. Diese Vorschriften verlangen brandschutztechnische Nachrüstungen, die der Tunnel aus den 70er Jahren noch nicht hat. Würde also ein Brand eintreten und hätten wir nicht alles getan, um die Nachrüstung zügig voranzubringen, hätten wir ein Verantwortungs-Problem. Unabhängig da-

von haben Untersuchungen des Tunnels ergeben, dass auch die Deckenkonstruktion Maßnahmen erfordert.

Mein verantwortlicher Hauptabteilungsleiter im Ingenieur-Bau, Herr Wulff, hat im Ausschuss deutlich gemacht, man könne kurzfristig davon ausgehen, dass der Betrieb des Tunnels gefährdet wäre, wenn wir nichts tun. Das würde im Ernstfall bedeuten, er müsste geschlossen werden. Wissen Sie, welche Verkehre sich dann an der Oberfläche entwickeln würden?

Diese Frage der Tunnel-Sanierung stand bei uns 2010 an. Bevor wir uns jedoch mit der Frage der Sanierung des Tunnels befasst haben, sind die Rahmenbedingungen - das, was Herr Dr. Mattar in einem Wettbewerb klären lassen will - im Jahre 2010 mit Kreisverwaltungs- und Planungsreferat überprüft worden. Man hat alle Varianten der Tunnelverlängerung, die im städtebaulichen Entwurfsseminar entwickelt wurden, untersucht.

Das Ergebnis haben wir vorgelegt. Es klang heute schon mehrfach an: Unabhängig von der Frage, wie es sich städtebaulich auswirkt, führen alle Tunnel-Verlängerungen zu wesentlich höheren Kosten und leider auch - das ist so, Herr Dr. Mattar - zu mehr Oberflächenverkehr. Das ist von den Gutachtern akribisch untersucht und im Beschluss 2010 dargelegt worden.

Auf Basis dieses Beschluss haben wir den Auftrag bekommen, keine Verlängerung des Tunnelmundes, sondern eine bestandsorientierte Lösung zu planen. Diese versucht, das Beste aus diesem Tunnelmund, der zugegebenermaßen keine Schönheit ist und eine Wunde im Stadtbild darstellt, zu machen, ihn zu verkürzen und zu verschmälern sowie bessere Verkehrsbeziehungen an der Oberfläche herzustellen, sowohl für die Autofahrer als auch die Radfahrer und Fußgänger. Sie haben uns den Planungsauftrag erteilt. Sie haben 2014 das Planungskonzept beschlossen. Heute stehen wir bei der Projektgenehmigung, d. h. bei der Ausführungsplanung der Sanierung und der Ausschreibung. Ich kann Ihnen nur raten, dafür den Startschuss zu geben. Alles andere wäre aus meiner Sicht unverantwortlich.

StRin Sabathil:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Was den Brandschutz betrifft, bin ich bei Ihnen. Der Brandschutz ist in den letzten 20 Jahren stark intensiviert worden.

Vom Brandschutz unabhängig interessiert mich, wie viele Unfälle passieren. Ich bin selbst einmal in einem Tunnel gesteckt, in dem es gebrannt hat. Das ist nicht sehr lustig. Mich interessiert, ob es eine Erhebung darüber gibt, wie viele Unfälle jährlich im Altstadtringtunnel vorkommen.

Bfm. StRin Hingerl:

Ich kann zu den Zahlen nichts sagen. Möchte aber auf Folgendes hinweisen: Das Kreisverwaltungsreferat ist intensiv eingebunden. Wie Sie in Antragspunkt 3 lesen können, ist das Kreisverwaltungsreferat mit uns gemeinsam der Meinung, dass Gefahrgut-Transporte nicht mehr zugelassen werden können. Ich glaube, das ist schon ein aussagekräftiges Indiz für die Sicherheitssituation.

Die Unfälle, verursacht von einzelnen Fahrern, halte ich nicht für ein relevantes Argument.

Der Änderungsantrag von StR Bickelbacher wird gegen die Stimmen von
Die Grünen - rosa liste **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag der FTB wird gegen deren Stimmen sowie von StR Zöllner
abgelehnt.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen der FTB und von StR Zöllner
beschlossen.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 10:39 Uhr. -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 15. März 2017

S t r o b l

3. Bürgermeisterin

der Landeshauptstadt München

Protokoll